

Antrag

der Abgeordneten Britta Katharina Dassler, Stephan Thomae, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Christian Dürr, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Pascal Kober, Carina Konrad, Ulrich Lechte, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Christian Sauter, Frank Schäffler, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Bettina Stark-Watzinger, Katja Suding, Michael Theurer, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Unterstützung der Rhein Ruhr City 2032-Initiative

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der IOC-Reformagenda 2020 aus dem Jahr 2014 ist es nun möglich, dass sich für das weltgrößte Sportfest eine ganze Region bewerben kann. Dieser Reformschritt führte zur Formierung der Privatinitiative Rhein Ruhr Olympic City für die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele im Jahr 2032 im Agglomerationsraum Rhein-Ruhr in Nordrhein-Westfalen. Die Rhein-Ruhr-Region bietet sich für die Ausrichtung der herausragenden internationalen Sportveranstaltung besonders an, da es ein zentral gelegener Verdichtungsraum von Bevölkerung, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Medien, Infrastruktur und globaler Verflechtung ist. Das Sportland Nr. 1 braucht im Leistungssport hervorragende Spitzensportler und Nachwuchstalente. Gerade in internationalen Wettkämpfen, denen sich deutsche Spitzensportler stellen, werden unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu wichtigen Botschaftern für Teamgeist, Leistungsbereitschaft und Fairness. Dabei sind sie die Aushängeschilder unseres Sportlandes und steigern durch ihren Erfolg auch unser internationales Ansehen. Die Metropolregion Rhein-Ruhr kann selbst auf eine lange sportliche Tradition zurückblicken. Sie bildet die Grundlage für ein nachhaltiges und ökonomisch sinnvolles Bewerbungskonzept, das für die Ausrichtung der Olympischen und der Paralympischen Spiele überwiegend auf die bereits bestehende Sportstätteninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen zurückgreift. Laut Konzeptpapier der Initiative sind in der Region ca. 90 Prozent der benötigten Sportstätten und Veranstaltungsorte für die Durchführung von Olympischen und Paralympischen Sommerspielen bereits vorhanden, sodass die Sportstätten in der Region von den mit einer Bewerbung einhergehenden Investitionen in die Infrastruktur nachhaltig profitieren würden. Nach jetzigen Planungen hinsichtlich der derzeitigen olympischen Sportarten kann die Austragung in 14 Städten erfolgen. Die Initiative Rhein Ruhr City bricht allein schon durch den Zusammenschluss

von 14 Kommunen verkrustete und alte Strukturen auf und erzeugt somit einen Wandel mit der Möglichkeit zu einer digital vernetzten, mobilen und nachhaltigen Sportregion von morgen. Damit bietet die Initiative mit ihrem kompakten Ansatz außerdem ein erfrischendes Gegengewicht zu dem vielfachen Gigantismus bei Sportgroßveranstaltungen. Das neu zu errichtende Olympiastadion sowie das erforderliche Olympische Dorf sollten deshalb auch nach den Olympischen und Paralympischen Spielen für Nordrhein-Westfalen und für die Bevölkerung von Nutzen sein. Insbesondere in Zeiten, in denen der marode Zustand vieler Sportstätten ein bundesweites Problem darstellt, würden die Investitionen in die Sportstätteninfrastruktur, die im Rahmen von Olympischen und Paralympischen Sommerspielen noch getätigt werden müssten, ein positives Signal für die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Sportes und für die Bedeutung der Region Rhein-Ruhr als nachhaltiger Infrastrukturstandort für die Durchführung von Sportgroßveranstaltungen senden. Schon allein die Bemühungen um die Bewerbung Olympischer und Paralympischer Sommerspiele, erst recht aber die tatsächliche Bewerbung mit anschließender Ausrichtung kann also zu einem großen Treiber für den zehn Millionen Einwohner starken Ballungsraum, aber auch für das ganze Land und zwar nicht nur im Sport, sondern auch in allen anderen Lebensbereichen werden. Mit der Perspektive auf Olympische und Paralympische Spiele im Rhein-Ruhr-Raum können sogar Investitionen in essentielle Kernthemen der Zukunft, wie Digitalisierung oder vernetzte Mobilität, beschleunigt werden.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat unabhängig von der Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2032 bereits im Herbst 2018 ein landesweites Förderprogramm in Höhe von 300 Mio. € für die Unterstützung von Sportvereinen und Sportverbänden bei der Modernisierung der Sportstätteninfrastruktur auf den Weg gebracht. Ab 2019 können Sportvereine und Sportverbände in diesem Rahmen auf finanzielle Mittel für die Modernisierung und die Instandsetzung ihrer Sportanlagen sowie für die energetische Sanierung und den barrierefreien Ausbau von Sportstätten zurückgreifen (www.land.nrw/de/test_2018-10-30). Das Sportstättenförderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ des Landes NRW steht in keinem direkten Zusammenhang mit der potentiellen Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region für Olympia 2032, da die Finanzierung und die Förderung von Breitensport und Spitzensport und die damit jeweils einhergehende benötigte Sportstätteninfrastruktur föderal streng getrennt sind. Die Gelder aus dem nordrhein-westfälischen Förderprogramm kommen direkt den Sportverbänden und Sportvereinen in den Kommunen zugute. Die Bereitschaft der Landesregierung in NRW, in dieser Höhe in die Sportstätteninfrastruktur zu investieren, setzt nichtsdestotrotz ein wichtiges Zeichen für die Bedeutung des Sportes in unserer Gesellschaft. Der zunehmende Verfall der rund 38.000 Sportstätten in Nordrhein-Westfalen wird damit beendet und umgekehrt. Das vielfältige und breit angelegte Sportangebot wird hierdurch stabilisiert. Für Sportler, Motivatoren, Netzwerkpartner und vor allem die vielen engagierten ehrenamtlichen Kräfte in den Vereinen und Verbänden wird ein sportfreundlicheres Umfeld geschaffen, das sich an den Ansprüchen und Anforderungen der Gegenwart orientiert. Die Begeisterung für Olympische und Paralympische Spiele, das Interesse am Wettkampf und am Messen mit anderen, der Ansporn für junge Menschen, sich durch sportliche Höchstleistungen an die Spitze der Welt vorzukämpfen und nicht zuletzt die Förderung des spitzensportlichen Nachwuchses werden an der Basis in den Sportvereinen und den Sportverbänden in den Kommunen geschaffen und gelebt. Insofern senden das Sportstätteninfrastrukturprogramm „Moderne Sportstätten 2022“ der Landesregierung in NRW und ihre Bereitschaft, die Initiative „Rhein Ruhr Olympic City“ zu unterstützen ein deutliches Signal an die Öffentlichkeit, an den Sport und an die Politik, die Bedeutung des Breitensportes und des Spitzensportes in der Mitte der Gesellschaft zu fördern und die Metropolregion Rhein-Ruhr als Infrastrukturstandort für den Spitzensport zu etablieren.

Generell strahlen Sportgroßveranstaltungen positiv in die Gesellschaft hinein. Sie stiften Identität und begeistern Menschen weltweit. Olympische und Paralympische Sommerspiele sind in vielerlei Hinsicht eine einzigartige Chance. Bei nachhaltiger Spieleausrichtung wird es zu einem Schub für Wirtschaft und Verkehr kommen. Davon profitieren alle Menschen. Deshalb wird das Projekt für eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele von der nordrhein-westfälischen Regierungskoalition aus CDU und FDP auch als eine Kampagne für einen attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandort im Herzen Europas ausdrücklich unterstützt (www.cdu-nrw.de/sites/default/files/media/docs/nrwkoalition_koalitionsvertrag_fuer_nordrhein-westfalen_2017_-_2022.pdf, S. 101). Das nordrhein-westfälische Sportstättenförderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ sowie die Privatinitiative „Rhein Ruhr Olympic City“ senden ein deutliches Signal an die Öffentlichkeit, an den Sport und an die Politik, die Bedeutung des Breitensportes und des Spitzensportes als ein unverzichtbares Element für eine reibungslos funktionierende Gesellschaft zu fördern und die Rhein-Ruhr Region als Zentrum für den facettenreichen Spitzensport zu etablieren.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt:

Das im Jahr 2018 vorgestellte Konzeptpapier der Rhein Ruhr City 2032 konturiert die infrastrukturellen Grundlagen einer möglichen Olympiabewerbung von 14 nordrhein-westfälischen Kommunen. Unter den Initiatoren des Projektes „Rhein Ruhr City 2032“ als auch innerhalb der nordrhein-westfälischen Landesregierung besteht Einigkeit darüber, dass eine Bewerbung der Region nur dann Rückhalt in der Bevölkerung findet, wenn sie ökonomisch und ökologisch nachhaltig, kostenbewusst und für den Standort Nordrhein-Westfalen von dauerhaftem Nutzen ist. Das Bewerbungskonzept sieht deshalb die gezielte Nutzbarmachung der vorhandenen Olympiastützpunkte und Veranstaltungsorte in dem Agglomerationsraum Rhein-Ruhr vor. Mit 17 Bundesstützpunkten, 13 Nachwuchs-Bundesstützpunkten und drei Olympiastützpunkten sowie der dauerhaften Festigung des Sitzes des Internationalen Paralympischen Komitees in der alten Bundeshauptstadt Bonn kann Nordrhein-Westfalen bereits heute zu Recht als bundesweit führender Spitzensport-Standort gelten. Gleiches gilt im Hinblick auf die vorhandenen Stadien und Arenen, die als Austragungsorte für eine Olympiabewerbung dienen können: So befinden sich in Nordrhein-Westfalen derzeit 24 Großsporthallen mit einer jeweiligen Sitzplatzkapazität von mehr als 3.000 Besuchern, 16 Stadien mit einer Kapazität von über 30.000 Plätzen und Messeflächen von ca. 700.000 Quadratmetern. Mit dieser Fülle an bestehender Infrastruktur können nahezu alle olympische Disziplinen in bereits vorhandenen Sportstätten verortet werden. Die vorhandene Infrastruktur im Ballungsgebiet Rhein-Ruhr stellt bereits Platz für 640.000 Zuschauer und Sportbegeisterte zur Verfügung. Aus einer Erhebung des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen e. V. aus dem Jahr 2016 geht hervor, dass in NRW rund 19.000 Sportvereine mit über fünf Millionen Mitgliedern beheimatet sind. Der Ballungsraum Rhein-Ruhr könnte zudem Übernachtungsmöglichkeiten für etwa 115.000 Besucher bereitstellen, sodass die für die Sektoren Tourismus, Gastronomie und Einzelhandel zu erwartende Umwegrentabilität für die Ausrichtung einer Sportgroßveranstaltung wie Olympischen und Paralympischen Spielen erheblich ist. Die Rhein Ruhr City-Initiative hat es sich zum Ziel gemacht, die vorhandene Infrastruktur durch eine Kosten-Nutzen Relation zu überprüfen und gezielt zu evaluieren, welche neuen Investitionen für die Ausrichtung tatsächlich unbedingt notwendig sind.

Die Spiele können einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden, das Land Nordrhein-Westfalen, besonders der vom Strukturwandel betroffene Rhein-Ruhr-Raum wird mit einer Initiative für das weltgrößte Sportevent eine nachhaltige Förderung in Richtung digitale Transformation erfahren. Damit kann die Bundesrepublik Deutschland ihr sportliches Potential als weltoffenes und zukunftsweisendes Gastgeberland präsentieren. Wenn der Deutsche Olympische Sportbund dieses Potential der

Privatinitiative Rhein Ruhr City 2032 ausschöpft, kann Deutschland den ersten Olympischen und Paralympischen Sommerspielen seit 1972 entgegensehen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Bewerbung der Rhein Ruhr Initiative-2032 für die Olympischen und die Paralympischen Sommerspiele im Jahr 2032 in der Metropolregion Rhein-Ruhr zu unterstützen und sich für die Durchführung der Olympischen und der Paralympischen Sommerspiele in der Metropolregion Rhein-Ruhr in Nordrhein-Westfalen einzusetzen,
2. sich an einer nachhaltigen Konzeptionierung für eine erfolgreiche Bewerbung des DOSB e. V. und der Rhein Ruhr City Initiative für die Ausrichtung der Olympischen und der Paralympischen Sommerspiele in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2032 im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel zu beteiligen,
3. sich in Kooperation mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung und dem Deutschen Olympischen Sportbund e. V. (DOSB) für eine nachhaltige, ökonomisch und ökologisch sinnvolle sowie kostenbewusste Realisierung der Bewerbung für Olympia und Paralympics 2032 in der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen,
4. endlich eine langfristige, ökonomische, ökologisch nachhaltige und transparente Strategie für die Durchführung von Sportgroßveranstaltungen in Kooperation mit allen Landesregierungen, insbesondere zu Olympischen und Paralympischen Spielen sowie Universiaden vorzulegen,
5. in einem transparenten Verfahren schnellstmöglich eine „Nationale Strategie Sportgroßveranstaltungen“ unter Einbindung der Länder zu erarbeiten, an der sich die Sportverbände, der DOSB, die Initiatoren der Rhein Ruhr City 2032-Initiative und das Land Nordrhein-Westfalen im weiteren Vorgehen für Ihre Bewerbung um die Austragung der Olympischen und der Paralympischen Sommerspiele orientieren können,
6. sich für die Modernisierung und die Sanierung der Infrastruktur von Sportanlagen, die dem Spitzensport dienen, auf dem gesamten Bundesgebiet im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einzusetzen und sich an den Unterhaltskosten für Spitzensportanlagen, die in kommunaler Trägerschaft liegen, zu beteiligen, sowie es im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbart wurde,
7. sich für eine Evaluierung des Zustandes von Sportanlagen und Sportstätten vor Ort in den Kommunen im gesamten Bundesgebiet einzusetzen, um verlässliche Zahlen über die Höhe des Sanierungsbedarfs für Sportstätten in kommunaler Trägerschaft aber auch in Trägerschaft von Vereinen und Verbänden zu erhalten,
8. sich öffentlich und auf internationaler Ebene für die Wahrnehmung der Bundesrepublik Deutschland als Sportnation und als Spitzensport-Standort einzusetzen,
9. sich an einem nachhaltigen Konzept für eine erfolgreiche Bewerbung des DOSB e. V. und der Rhein Ruhr City-Initiative für die Ausrichtung der Olympischen und der Paralympischen Sommerspiele in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2032 im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel zu beteiligen,
10. in der Bevölkerung und in der (sport)politischen Öffentlichkeit für Rückhalt für die Rhein Ruhr City Initiative zu werben und sich dafür einzusetzen, dass die Bewerbung und die Durchführung von Sportgroßveranstaltungen in Deutschland in der Öffentlichkeit wieder als Chance wahrgenommen werden, der Standort Deutschland wirtschaftlich, infrastrukturell und sportlich gefördert wird und zu einem Mehrwert der Bevölkerung durch eine höhere Lebensqualität führt.

Berlin, den 12. November 2019

Christian Lindner und Fraktion

Begründung

Sportgroßveranstaltungen wie Olympische und Paralympische Sommerspiele 2032 sind für die Bundesrepublik Deutschland aufgrund vielfältiger Motive bedeutsam. Bei einer kostenbewussten und nachhaltigen Planung ist das weltgrößte Sportfest nicht nur zum Zeitpunkt der Durchführung rentabel, sondern erzeugt dauerhaft einen volkswirtschaftlichen Mehrwert. Olympische und Paralympische Spiele bieten Anreize für Sportbegeisterte und Fans aus der ganzen Welt, Deutschland neu zu erleben und sie können sich ein eigenes Bild von dem breitgefächerten Sportangebot, der Gastfreundschaft, dem vielfältigen Landschaftsbild und Kultur machen. Mit der Möglichkeit der Austragung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele steht Deutschland daher eine Plattform zur Verfügung, sich als Sportnation zu präsentieren und gleichzeitig seine Vielfalt und Einzigartigkeit in jeder Hinsicht zu zeigen. Für eine Sportgroßveranstaltung wie die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele an Rhein und Ruhr in einer der am dichtesten bevölkerten Regionen Europas im Jahr 2032 ist ein nicht unerheblicher wirtschaftlicher Gewinn zu erwarten. Zudem bietet die Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit, sich als weltoffenes, modernes und verantwortungsbewusstes Gastgeberland zu präsentieren. Gerade Sportgroßveranstaltungen, die für die Vergabepraktiken, die Intransparenz der Bewerbungsprozesse und unvorhersehbare Kostenexplosionen in der Vergangenheit immer wieder in der internationalen Kritik standen, bieten eine gute Gelegenheit, mit einer durchdachten ökonomisch und ökologisch sinnvollen Planung die Kompetenz und das Potential der Bundesrepublik Deutschland, der Metropolregion Rhein-Ruhr und des Landes Nordrhein-Westfalen in der internationalen Öffentlichkeit unter Beweis zu stellen. Zu guter Letzt holen die Olympischen und die Paralympischen Sommerspiele den Sport in die Mitte der Gesellschaft. Das mediale Interesse an Sportgroßveranstaltungen wie Olympischen und Paralympischen Spielen ist trotz ihres ambivalenten Rufes nach wie vor ungebrochen. Sportlicher Wettkampf, sportliche Auseinandersetzung, das menschliche Ideal, das wir als Gesellschaft mit dem Gewinn einer Olympischen Goldmedaille verbinden, faszinieren jede heranwachsende Generation aufs Neue. Die Olympischen und die Paralympischen Sommerspiele verkörpern das Potential und das Ideal physischer sportlicher Höchstleistungen zu denen Menschen fähig sind. Es ist der Ansporn an diesen Höchstleistungen teilzuhaben, der die große Faszination an den Olympischen und Paralympischen Sommerspielen und am Sport selbst ausmacht. Die Unterstützung der Rhein Ruhr Initiative für eine Bewerbung der Metropolregion Rhein-Ruhr für die Olympischen und die Paralympischen Sommerspiele im Jahr 2032 bietet die Möglichkeit, an dieser Faszination teilzuhaben.

